

23**80**

Union in Deutschland

Bonn, den 25. Juni 1980

Hart und entschieden kämpfen

Helmut Kohl hat die Union zu einer unterschiedenen, kämpferischen, aber sachbezogenen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aufgerufen. Vor dem Bundesausschuß der CDU sagte der Parteivorsitzende, es bestehe eine gute Chance für eine politische Wende im Herbst dieses Jahres.

Die Sprache der Union sei nicht die Sprache des Hasses. Allerdings werde man hart und entschieden zurückschlagen, wenn der politische Gegner die Diffamierungskampagne gegen CDU und CSU und ihre führenden Repräsentanten fortsetze.

Helmut Kohl sprach in diesem Zusammenhang von der größten Verleumdungswelle, die von den Sozialdemokraten und ihren Hilfstruppen in Gang gesetzt worden sei. Eine derartige Schlamm-schlacht habe es bisher im demokratischen Deutschland einschließlich der Weimarer Republik nicht gegeben.

Die Union werde in den noch verbleibenden 100 Tagen bis zur Bundestagswahl am 5. Oktober den Wählern deutlich machen, mit welchen Stilmitteln der politische Gegner versuche, an der Macht zu

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ BUNDESPARTEI

CDU/CSU-Wahlprogramm solide finanzierbar Seite 2

■ FINANZEN

Für die hohe Staatsverschuldung trägt Schmidt die Verantwortung Seite 5

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Konstruktive Vorschläge der Union werden von SPD und FDP unterlaufen Seite 7

■ WOHNUNGSBAU

Klare Alternative der Union Seite 12

■ WIRTSCHAFTSTAG '80

Freiheit und Soziale Marktwirtschaft neu erkämpfen Seite 13

■ DOKUMENTATION

Der Leidensweg eines Gesetzes / Die Argumente der Union in der Diskussion um ein neues Jugendhilfegesetz grüner Teil

■ ÖA

Frauenkampagne '80 rosa Teil

bleiben. Wegen der negativen Leistungsbilanz von SPD und FDP werde versucht, eine Pogromstimmung zu erzeugen, um von den eigenen schweren innen- und außenpolitischen Fehlern abzulenken. Die geistigen Anleihen für diese Art Wahlkampf würden aus der Zeit vor 1945 entnommen.

Der CDU-Vorsitzende verwies auf die enge Verbindung zwischen Helmut Schmidt und der SPD. Schmidt habe den Linksruck in seiner Partei nicht abgewehrt, sondern sich mit diesen Tendenzen arrangiert. Der Bundeskanzler schicke sich an, dem Rentenbetrug 1976 den Steuerbetrug 1980 folgen zu lassen. Während sich Schmidt offensichtlich auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig als Befürworter der Kernenergie feiern lassen wolle, sei er in der Bundesrepublik vor den Kernkraftgegnern zurückgewichen und verzichte damit auf eine dringend gebotene Vorsorgepolitik auf diesem Gebiet.

Zur Rolle der Freien Demokraten bemerkte Helmut Kohl, die FDP habe den Anspruch aufgegeben, eine Volkspartei zu sein und sich auf Gedeih und Verderb mit der SPD zusammengetan. Deshalb wende sich die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf gegen Sozialdemokraten und Freie Demokraten als politischen Gegner gleichermaßen.

Der Parteivorsitzende gratulierte der CDU in Baden-Württemberg zu dem sich abzeichnenden Erfolg bei der Kommunalwahl am Sonntag. Es zeige sich ein sehr erfreulicher Trend insbesondere in den mittleren und Großstädten, der das ausgezeichnete Ergebnis von 1975 noch übertreffe. Es sei gelungen, den beeindruckenden Vormarsch in den Kommunalparlamenten von Baden-Württemberg von vor fünf Jahren fortzusetzen. Das sich abzeichnende Kommunalwahlergebnis von Baden-Württemberg sei ein ermutigendes und wichtiges Zeichen zu Beginn des Endsprints zur Bundestagswahl 1980.

CDU/CSU-Wahlprogramm solide finanzierbar

Generalsekretär Heiner Geißler legte dem Bundesausschuß das Finanztableau zum Wahlprogramm der CDU/CSU 1980 vor und erklärte hierzu:

Im Unterschied zu den anderen Parteien, die sich zur Wahl für den neuen Bundestag stellen, legen die Unionsparteien als einzige eine konkrete Finanzrechnung für ihr Wahlprogramm vor. Sie unterstreichen damit den Stellenwert, den finanzpolitische Seriosität für sie hat. Das Finanztableau zeigt, daß das Wahlprogramm der Union solide finanzierbar ist.

Die neuen Ausgaben im familienpolitischen Bereich (10,1 Milliarden Mark), der Schuldenabbau (7 Milliarden Mark) und die Steuerentlastung (6 Milliarden Mark), aber auch die aktuellen Mehranforderungen im außenpolitischen Bereich (rund 2 Milliarden Mark) können finanziert werden, wenn die Zuwachsraten der Ausgaben des Bundes im Zeitraum bis 1984 vermindert werden.

Bei einer Steigerung des Bruttosozialproduktes von + 6 % dürfen die Ausgaben des Bundes nur um + 3 % ansteigen (6 % \times 3 %), statt um 4 % (6 % \times 2 %), wie dies die Bundesregierung will. Und bei einer Steigerung des Bruttosozialproduktes von 8 % dürfen die Ausgaben nur um 5 % (8 % \times 3 %) ansteigen, statt um 6 % (8 % \times 2 %), wie es das Ziel der Bundesregierung ist.

Für die Union ist ihr Wahlprogramm zusammen mit dem Finanztableau ein zentraler Bestandteil ihres Wahlkampfes.

FINANZTABLEAU

Betr.: Wahlprogramm der Union

— Mrd. DM —

1984

I. Steuermehraufkommen des Bundes¹⁾ gegenüber 1980 ²⁾ („Finanzierungsspielraum“)	
— bei BSP*) nom. ³⁾ + 6 % p. a.	52
— bei BSP*) nom. ³⁾ + 8 % p. a.	71
II. Schuldenabbau (Verminderung der Nettokreditaufnahme gegenüber 1980) gemäß Planungen der Bundesregierung ⁴⁾	
	7
III. Steuerentlastungsprogramm der Union (Bundesanteil) ⁵⁾	
	rd. 6,0 ⁶⁾
IV. Neue Ausgaben (entsprechend Wahlprogramm und Außenpolitik)	
davon:	12,1
1. Familiengeld/Erziehungsgeld ⁷⁾	6,3
2. Beseitigung der Diskriminierung der nichterwerbstätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld	0,8
3. Anpassung des Kindergeldes	3,0
4. Kapitalisierung des Erstkindergeldes ⁸⁾	—
5. Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung in der Rente für Mütter ⁹⁾	—
6. Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens ¹⁰⁾	—
7. Partnerrente ¹¹⁾	—
8. Mehranforderungen / Mindereinnahmen im Bereich Außenpolitik (Türkeihilfe, militärische Beschaffungen, EG-Abführung) ¹²⁾	2,0
V. Finanzierungsaufgabe (Schuldenabbau, Steuerentlastung, neue Ausgaben entsprechend Wahlprogramm, Außenpolitik)	
	rd. 25
VI. Verbleibender Finanzspielraum für die sonstigen Ausgaben des Bundes (also: ohne neue Ausgaben gem. Wahlprogramm und ohne außenpolitische Mehranforderungen) (I. \times V.)	
— bei BSP*) nom. + 6 % p. a.	27
— bei BSP*) nom. + 8 % p. a.	46
Umgerechnet bedeutet dies eine jährliche Steigerung der sonstigen Ausgaben des Bundes (also: ohne neue Ausgaben gem. Wahlprogramm und ohne außenpolitische Mehranforderungen)	
— bei BSP nom. + 6 % p. a.	(3,0 %)
— bei BSP nom. + 8 % p. a.	(5,0 %)
VII. Als Ziel formuliert bedeutet dies, daß die Entwicklung der sonstigen Ausgaben des Bundes (also: ohne neue Ausgaben gem. Wahlprogramm und ohne außenpolitische Mehranforderungen) um hinter dem BSP-Wachstum zurückbleiben müssen	
	(3,0 %)

Die Bundesregierung sieht in ihrem Finanzplan bis 1983 als Ziel vor, das Ausgabenwachstum um (2,0 %) unter der BSP-Entwicklung zu halten

*) BSP = Bruttosozialprodukt

Zur Finanzierung des Wahlprogramms ist es also notwendig, daß bei den sonstigen Ausgaben des Bundeshaushaltes die Zuwachsraten vermindert werden müssen. Das bedeutet z. B.: Bei einer Steigerung des Bruttosozialproduktes von + 6 % dürfen die sonstigen Ausgaben nur um + 3 % ansteigen (6 % \times 3 %), statt um 4 % (6 % \times 2 %), wie dies die Bundesregierung will. Und bei einer Steigerung des Bruttosozialproduktes von 8 % dürfen die sonstigen Ausgaben nur um 5 % (8 % \times 3 %) ansteigen, statt um 6 % (8 % \times 2 %), wie es das Ziel der Bundesregierung ist.

ANMERKUNGEN:

1) Bei unverändertem Steuerrecht.

2) Steueraufkommen des Bundes 1980 fast 179 Mrd. DM (Ergebnis der Steuerschätzung vom April 1980).

3) Einem Deflator von rd. 4—5 % vereinbar mit einem Wachstum des BSP real von 2—4 % p. a.

Als Aufkommenselastizität ist 1,1 unterstellt (wahrscheinliche Entwicklung).

4) Dieser Ansatz für eine Rückführung der Nettokreditaufnahme entspricht dem Ansatz im Finanzplan des Bundes für 1983 (vgl. Finanzbericht 1980, S. 54).

5) Das Steuerentlastungsprogramm umfaßt eine Tarifänderung (8 Mrd. DM), steuerliche Kinderfreibeträge (2,5 Mrd. DM), Sonderausgaben (0,9 Mrd. DM), Weihnachtsfreibetrag (1,2 Mrd. DM) und Investitionsförderung (1,0 Mrd. DM) — insgesamt also Maßnahmen mit einem Gesamtaufwand von 13,6 Mrd. DM.

Dieser Gesamtaufwand, der im wesentlichen den Einkommensteuerbereich berührt, entfällt nur zum Teil auf den Bund (43 %). Weitere Anteile tragen Länder (43 %) und Gemeinden (14 %).

6) Bis zum Jahr 1984 muß in diesem Finanztableau kein weiteres über das für das Jahr 1981 hinausgehende Steuerentlastungsprogramm berücksichtigt werden, weil automatisch dann, wenn die inflationsbedingten Steuerbelastungen einen Handlungsbedarf auslösen, auch die Aufkommenselastizität und das Steuermehraufkommen höher als hier angenommen sein werden, folglich auch der Finanzierungsspielraum größer sein wird.

7) Familiengeld vom 7. bis 36. Monat.

8) Einkommensgrenze, die 10 % bzw. 20 % der ansonsten Begünstigten aus dem Kreis der Begünstigten ausschließen, würden Mittel von rd. 0,7 bzw. 1,3 Mrd. DM freisetzen.

9) Die Kapitalisierung bedeutet lediglich die Vorziehung ohnehin bestehender Zahlungsverpflichtungen des Bundes. Je nach Finanzierungsart (Auslagerung auf dritte Institutionen) können die Kosten auf Zins und Schuldendienst begrenzt werden.

10) Kosten für die zukünftige Regelung fallen erst weit nach 1984 an und werden erst ab 2015 ihren Beharrungszustand erreichen. Kosten für die rückwirkende Regelung fallen ab 1985 an; sie liegen in einer Größenordnung von 3,5 Mrd. DM.

11) Kosten des Programms zum Schutz des ungeborenen Lebens überwiegend nicht bezifferbar. Bezifferbar sind Kosten für zwei Maßnahmen zur Verbesserung des Bundessozialhilfegesetzes im Gesamtbetrag von 75 Millionen DM jährlich.

12) Kosten erst nach dem Jahr 1984.

Inwieweit nach Einführung der Partnerrente Kosten entstehen, hängt davon ab, ob durch eine Übergangsregelung erreicht werden soll, daß selbsterworbene Ansprüche soweit wie

FINANZEN

Für die hohe Staatsverschuldung trägt Schmidt die Verantwortung

Die sprunghaft anwachsende Staatsverschuldung rechtfertigt Bundesfinanzminister Matthöfer im wesentlichen mit folgenden drei Begründungen:

① Ohne sie hätten wir eine Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit.

② Die Verschuldung sei keineswegs besorgniserregend, wir hätten vielmehr solide Finanzen.

③ Die Probleme beim Bund seien einfach dadurch zu lösen, daß die Länder dem Bund einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer überlassen.

In der Aussprache über den Nachtragshaushalt 1980 erwidert der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjörg Häfele, auf die Ausführungen des Bundesfinanzministers u. a. wie folgt:

Zu ①:

Infolge falscher Diagnose unserer Wirtschaftslage ist dies die falsche Thera-

pie. Wir haben nicht eine Deflation wie in der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932. Wir haben die Probleme der Inflation, Stagnation und Stagflation. Entscheidend ist die produktive private Investitionstätigkeit. Sie hängt ab von einem vernünftigen Verhältnis zwischen Kosten und Erlös. Durch geringere Schulden sorgt der Staat für niedrigere Zinsen, eine geringere Abgabenbelastung, für mehr private Freiräume, für weniger Inflation und damit für ein besseres Investitionsklima.

Zu ②:

Der Versuch, die Staatsverschuldung zu verniedlichen, muß scheitern. Im internationalen Vergleich und im Vergleich zu früheren Zeiten ist die Zunahme der Staatsverschuldung bei uns „mit an der Spitze der Industrieländer“. (Sachverständigengutachten 1978, Text-Nr. 305.)

Zu ③:

Von den anderen Gebietskörperschaften kann nicht die Lösung kommen.

möglich gesichert werden. Für die Zukunft wird unter Berücksichtigung von fünf Jahren Erziehungszeiten je Kind und sonstigen anrechnungsfähigen Jahren in der Regel gewährleistet, daß die Rente im Hinterbliebenenfall die von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften nicht unterschreitet.

Wenn weniger Jahre pro Kind in der Rente angerechnet werden, wird es einer entsprechenden Übergangsregelung bedürfen. Die Kosten sind vorbehaltlich einer konkreten Ausgestaltung der Übergangsregelung noch nicht bezifferbar.

¹²⁾ Der Nachtragshaushalt 1980 sieht Sonderausgaben von rd. 1,8 Mrd. DM vor. Die Dekkung soll über allgemeine Einsparungen in Höhe von rd. 2,0 Mrd. DM sichergestellt werden. Von diesen 1,8 Mrd. DM an Sonderausgaben sind höchstens 0,6 Mrd. DM (Türkeihilfe, militärische Beschaffungen) über das Jahr 1980 hinaus wirksam.

Hinsichtlich der EG ist eine Erhöhung der Abführung von 1,1 Mrd. DM für das Jahr 1980 und 1,3 Mrd. DM von der Bundesregierung vorgesehen. Über das Jahr 1981 hinausreichende Planungen der Bundesregierung liegen noch nicht vor. Für das Finanztableau wurde davon ausgegangen, daß diese Verpflichtungen auch über das Jahr 1981 hinaus fortbestehen.

Alle Gebietskörperschaften, auch die Länder, leiden unter zu starker Zunahme der Verschuldung. Die Länder haben sich in ihrer Ausgabenpolitik auch deshalb übernommen, weil sie Reformen und Gesetze des Bundes durchführen müssen. Das Hin- und Herschieben von mehr Schulden zwischen den Gebietskörperschaften löst nichts mehr. Notwendig ist eine grundlegende Kurskorrektur bei den Ausgabenzuwächsen aller Gebietskörperschaften.

Die Schlußbilanz der Finanzpolitik nach elf Jahren SPD/FDP-Regierung ergibt folgendes:

1. Seit 1975 verschuldet sich der Bund mit 25 bis 30 Mrd. DM jährlich eineinhalb bis doppelt so stark wie von 1950 bis 1969 in 20 Jahren zusammengekommen. Dies soll 1981 verstärkt so weitergehen.

2. Der Anstieg der Staatsverschuldung in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ist mit der höchste aller Industrieländer.

3. Ende 1980 werden sich die Zinszahlungen der Gebietskörperschaften auf rund 30 Mrd. DM belaufen, dies sind 80 Mill. DM jeden Tag. 1983 wird die Zunahme der Verschuldung beim Bund nicht mehr ausreichen, um auch nur die Zinszahlungen für Altschulden auszugleichen.

4. Die sprunghaft anwachsende Verschuldung ist wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll, wirkt vielmehr inflationär. Sie ist zur Wachstums- und Vollbeschäftigungsbremse in der Gegenwart geworden, macht den Staat in den kommenden Jahren international handlungsunfähig und läßt keine Reserven für eine wirkliche Rezession. Sie ist eine Politik zu Lasten der Zukunft und der kommenden Generation.

5. Der Bundeskanzler hat sein Verspre-

chen in der Regierungserklärung von 1976 nicht eingehalten, wonach die Neuverschuldung „künftig deutlich niedriger liegen müsse als bisher“.

6. Es war ein Fehler, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht spätestens 1978 einzuleiten bei einem ordentlichen realen volkswirtschaftlichen Wachstum von 3,5 %, erst recht 1979 bei einem sehr guten Wachstum von 4,4 %.

7. Es war ein Fehler, bei Ausbruch der internationalen Krise Ende 1979 keinen Stopp für neue Ausgabengesetze zu verhängen. Es war ein Fehler, die 1979 entstehende negative Leistungsbilanz nicht mit einer Beschränkung der Ausgabenzuwächse zu beantworten. Wir leben über unsere Verhältnisse.

8. Ein Hin- und Herschieben der Schulden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden löst nichts. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Ausgabenpolitik für alle öffentlichen Hände.

9. Die Konsolidierung der überschuldeten öffentlichen Hände darf nicht erfolgen mit noch höherer Abgabenlast. Der jüngste SPD-Parteitag sieht weitere leistungs- und investitionshemmende Abgabemehrbelastungen vor, z. B. durch Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen, durch Einbeziehung der abgabenfreien Lohnzuschläge in die Rentenversicherungspflicht und durch die Einführung einer „Maschinensteuer“. Der für 1981 verspätet vorgesehene Teilaufbau von heimlichen Steuererhöhungen ist deshalb kein vertrauensbewerkender Stopp des Marsches in den Abgaben- und Steuerstaat.

10. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist in der Hinterlassenschaft der SPD/FDP-Regierung eine der größten ungelösten Fragen.

■ ENTBÜROKRATISIERUNG

Konstruktive Vorschläge der Union werden von SPD/FDP unterlaufen

Die Fraktion der CDU/CSU hat im Deutschen Bundestag in erster Lesung vier Vorlagen zur Entbürokratisierung vorgestellt. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf zur Bereinigung des Bundesrechts, einen Antrag zur Eindämmung der Gesetzesflut für die Zukunft, einen Antrag zum Abbau der Statistiken und um einen Antrag zur Vereinheitlichung und Vereinfachung des Formularwesens.

Die Union, die in einem vielbeachteten Kongreß 1978 in Bonn das Thema Entbürokratisierung behandelt hat, will noch in dieser Legislaturperiode einen ersten Schritt zur Konkretisierung tun, erklärte MdB Walter Althammer im Deutschen Bundestag. Die vier Vorlagen können in den verbleibenden Sitzungswochen noch verabschiedet werden, wenn die Mehrheit im Bundestag den politischen Willen dazu hat.

Der Antrag der CDU/CSU will verhindern, daß die Gesetzesflut weiter so ansteigt, wie das in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Insofern stellt dieser Antrag eine notwendige Ergänzung des Rechtsbereinigungsgesetzes dar. Der Antrag richtet sich an alle Bundesorgane, die das Recht zur Gesetzesinitiative haben, an Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Es sollen eine Reihe von Schleusen und Kontrollinstanzen eingebaut werden, um die Zahl der neuen Gesetze auf das unabweisba-

re Mindestmaß zu reduzieren, sie so knapp und verständlich wie irgendetwas zu gestalten.

Wenn es gelingt, die Zahl der neuen Gesetze drastisch zu verringern, bleibt dem Gesetzgeber mehr Zeit, die einzelnen Gesetze sorgfältiger zu beraten. Sollten diese Anregungen der CDU/CSU nicht aufgenommen werden, muß das Parlament in der nächsten Wahlperiode notfalls wirksamere Maßnahmen ergreifen.

Obwohl erst vor wenigen Monaten das erste Statistikbereinigungsgesetz vom Parlament verabschiedet wurde, sind wir der Überzeugung, daß weitere Abbaumaßnahmen notwendig sind. Privatpersonen und Wirtschaftsunternehmen werden weiterhin mit einer Papierflut überschwemmt, die produktive Arbeit hemmt und in diesem Umfang auch nicht notwendig ist. Moderne Methoden der Faktenermittlung machen es möglich, auf viele Statistiken zu verzichten.

Der Staat kann auf das bei den Selbstverwaltungsorganisationen gespeicherte Material zurückgreifen, ohne neue Zählmechanismen in Gang zu setzen: Die Wirtschaft klagt mit Recht, daß der Staat durch eine Vielzahl zeitraubender und umfangreicher statistischer Angaben unentgeltliche Fronarbeit fordert. Besonders Klein- und Mittelbetriebe sind davon betroffen.

Was die Behörden hier am meterlangen, teils unverständlichen Fragebögen

produzieren, geht buchstäblich auf keine Kuhhaut.

So wurde z. B. eine Studenten-Service-Broschüre von 192 Seiten für das Ausfüllen von sage und schreibe 6 Formblättern von der Bürokratie produziert. Das Land Nordrhein-Westfalen hatte 1978 einen Fragebogen C für Forschungserhebung an Wissenschaftler versandt. Nach der Rücksendung der Fragebogen stellte sich dann heraus, daß 90 Prozent davon falsch ausgefüllt waren — die Statistik konnte nicht durchgeführt werden.

Der Antrag der CDU/CSU fordert:

- Verzicht auf nicht unabweisbar notwendige Formulare,
- Einheitlichkeit der Formulare nach Aufbau und Gliederung,
- Verständliche Fragestellung und graphisch klare Gestaltung.

Die Bundesregierung soll außerdem mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden auf Vereinheitlichung hinwirken. Die Behörden anderer Selbstverwaltungsorganisationen sollen ebenfalls einbezogen werden.

Wenn alle diejenigen, die Formulare entwerfen und in Umlauf bringen, zusammenwirken, können die geplagten Bürger unseres Landes fühlbar entlastet werden.

Die Vorlagen der CDU/CSU sind nur ein erster Schritt zur Entbürokratisierung. Mehr ist am Ende einer Legislationsperiode nicht mehr zu leisten. An SPD und FDP ist die Frage zu stellen, ob sie überhaupt ernsthaft den Willen haben, zu entbürokratisieren? Der Bundeskanzler hat 1976 in seiner Regierungserklärung Hoffnungen geweckt. Wenn man nach vier Jahren fragt, was diese Bundesregierung konkret auf diesem Gebiet geleistet hat, so muß absolute Fehlanzeige erstattet werden.

Weder bei der Dienstrechtsreform noch bei der Modernisierung der Verwaltung ist diese Regierung auch nur einen Schritt vorangekommen.

Sie hat staatliche Erwerbsunternehmen in keinem einzigen Fall privatisiert — im Gegenteil!

Sie hat den staatlichen Sektor weiter ausgeweitet, macht Privatunternehmen Konkurrenz und deckt Defizite aus Steuergeldern.

Auch bei dem Bemühen um mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung ist Fehlanzeige zu erstatten. Die FDP hat lediglich die sogenannte Verbandsklage ins Gespräch gebracht.

Wir von der CDU/CSU wollen nicht irgendwelchen ortsfernen, anonymen Verbänden die Möglichkeit geben, alle Rechtsinstanzen auszunutzen, sondern wir möchten die unmittelbar betroffenen Bürger frühzeitig in behördliche Vorhaben einweihen, ihnen persönlich und unmittelbar ein Mitspracherecht geben.

Wenn man nach den Gründen für das Versagen der Koalition bei der Entbürokratisierung sucht, dann stellt sich sehr schnell eine grundsätzliche Frage:

Ist es nicht so, daß der Marsch in den Sozialismus gleichzeitig immer weiter in die Verbürokratisierung hineinführt?

Die entscheidende Frage in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts heißt aber nicht: Wie schaffe ich mehr Macht und mehr Zuständigkeit dem Staat, sondern: Wie gewinne ich Freiräume für die Bürger, ihre Selbstverantwortung und ihre Selbstverwaltung zurück?

Leider hat die Debatte ergeben, daß SPD und FDP nicht bereit sind, die konstruktiven Vorschläge der Union aufzunehmen, sondern versuchen, mit billiger Polemik die positiven Ansätze der Union zu zerstören.

■ KOALITION

Ein skandalöser Vorgang

Wenn Chaoten und Linksextreme gegen unseren Staat demonstrieren, hüllt sich die Bundesregierung in Schweigen oder verharmlost dies, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Olaf von Wrangel, in Bonn: Wenn die Junge Union an der Demarkationslinie für die Einheit und für die Menschenrechte demonstriert, werden Plakate und Transparente mit Gewalt weggenommen. Dies ist ein skandalöser Vorgang.

Wenn auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ein friedliches Demonstrationsrecht zugunsten der deutschen Einheit unmöglich gemacht wird, dann ist dies eine Verbeugung vor Empfindlichkeiten des Ostberliner kommunistischen Regimes. Aus diesem Grunde müssen die Vorgänge am 17. Juni in Mustin im Kreis Herzogtum Lauenburg schärfstens verurteilt werden. Zu verurteilen sind nicht die Beamten, die offenbar auf höhere Weisung handeln, sondern diejenigen, die solche Weisungen erlassen haben.

Ich habe der Bundesregierung folgende Fragen vorgelegt:

1. Welche Weisungen oder Anordnungen sind erlassen worden, die die Zollbeamten in Mustin/Herzogtum Lauenburg dazu befugt haben, am 17. Juni Transparente und Plakate der Jungen Union als Grenzprovokation zu bezeichnen und sie mit Gewalt den Demonstranten wegzunehmen?

2. Ist die Bundesregierung bereit, si-

cherzustellen, daß eine Demonstration an der Demarkationslinie, die sich im Rahmen des von der Verfassung garantierten Demonstrationsrechts hält, in Zukunft nicht behindert wird, und ist sie bereit, den konkreten Vorfall zum Anlaß einer Klarstellung zu nehmen?

Kieler Jungdemokraten auf Volksfrontkurs

Unter dem Beifall der schleswig-holsteinischen Jungdemokraten hat deren Landesvorsitzender Schulz auf einer Delegiertentagung in Eutin die Auffassung erneuert, daß die der DKP verbundene Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) zusammen mit anderen „fortschrittlichen Kräften“ ein Bündnispartner für seine Organisation sei. Schulz forderte die Zusammenarbeit beim politischen Wirken gegen die „Berufsverbote“ (also gegen die Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst) und bei der „Bekämpfung des Antikommunismus in der Bundesrepublik“, der den Fortschritt nach Ansicht von Schulz behindert.

Der eingeladene SDAJ-Vertreter, Schill, rief die Jungdemokraten zu gemeinsamen Aktionen gegen Strauß auf. Es gebe Unterschiede zwischen beiden Organisationen, aber in der Jugendpolitik herrsche Übereinstimmung zwischen Jungdemokraten und SDAJ. Auch ein Vertreter der vom Verfassungsschutz als „extrem“ eingestuften Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) sprach auf Einladung der Jungdemokraten ein Grußwort.

Linke setzten SPD-Fraktion unter Druck

Erneut haben 26 Sozialdemokraten des linken Flügels der SPD deutlich gemacht, wie schwach die Führung der

Partei ist. Selbst in einer Fraktions-Sondierung konnte man diese Gruppe nicht stoppen. Diesmal war es die Türkeihilfe, die zum Gegenstand der Auseinandersetzung gemacht wurde.

Dazu stellte MdB Heinz Schwarz fest: Wir von der Union wissen, wie kompliziert die Lage in der Türkei ist. Doch wir wissen auch, daß die Türkei als die Südflanke der NATO ein wesentlicher Teil dieses Bündnisses ist.

Auch unter Ecevit — dessen Erbe Demirel übernommen hat — mußte in 20 Provinzen in der Türkei der Ausnahmezustand erklärt werden, um dem Terrorismus zu begegnen. Wo waren Coppik und Genossen zu dieser Zeit mit ihrem Ruf nach Herstellung der Menschenrechte? Warum haben sie nicht den Genossen Ecevit gemahnt? Auch hier ist diese Gruppe offensichtlich auf dem linken Auge blind.

Die Hilfe für die Türkei eignet sich nicht für parteipolitische Spiele. Die Türkei braucht die Hilfe des Westens, bei der die Bundesrepublik eine besondere Verantwortung übernommen hat. Die Union weiß um diese Verpflichtung und wird ihr gerecht werden.

Bekämpfung der Schwarzarbeit von der Koalition auf Eis gelegt

Seit mehr als zwei Jahren liegt dem Deutschen Bundestag ein Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Beratung vor, der eine wirksamere Bekämpfung der Schwarzarbeit zum Ziel hat. Immer wieder in der Öffentlichkeit aufgestellte Behauptungen der Koalitionsfraktionen — insbesondere der FDP — konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine ernsthafte Änderung des unbefriedigenden Rechtszu-

standes von SPD und FDP nicht angestrebt wurde.

Dazu erklärte der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld): Hätte es hierzu noch eines Beweises bedurft — die Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung hat ihn erbracht: Auf Antrag der Koalitionsfraktionen wurde die weitere Behandlung des Entwurfes unter Berufung auf geschäftsordnungsmäßige Schwierigkeiten abgelehnt.

Insbesondere die FDP-Fraktion hat einmal mehr deutlich gemacht, was von ihren ständigen mittelstandsfreundlichen Beteuerungen zu halten ist: nichts!

CDU stellt die meisten Frauen im Bundestag

Mit der Aufstellung weiblicher Kandidaten auf den vorderen Plätzen der Landeslisten der Bundesländer und in den Wahlkreisen für die Bundestagswahl 1980 ist deutlich geworden, daß die CDU die zunehmende Bedeutung der Frauen in der Politik erkannt und den weiblichen Kandidaten die ihnen zukommende Stellung eingeräumt hat, erklärte auf einer Bundesvorstandssitzung der Frauenvereinigung in Bonn die Vorsitzende Helga Wex.

Mit Frau Professor Roswitha Wisniewski auf Platz 2 der Landesliste Baden-Württemberg, Doris Pack auf Platz 2 der Landesliste Saarland und Ingrid Roitzsch auf Platz 2 der schleswig-holsteinischen Landesliste sowie mit drei weiblichen Kandidaten auf den ersten sieben Plätzen der nordrhein-westfälischen Landesliste (Dr. Helga Wex, Agnes Hürland und Dorothee Wilms) hat die CDU den Nachweis erbracht, daß bei ihr Frauen keine Alibi-

funktion erfüllen und daß die gesellschaftspolitische Aufgabe der weiteren Durchsetzung der Frau in der Politik der CDU einen sehr hohen Stellenwert besitzt. Diese Politik wird durch das Wahlprogramm der CDU/CSU dokumentiert, in dem Fragen der Gleichberechtigung der Frau und der Familienpolitik ein zentraler gesellschaftspolitischer Rang beigemessen wird. Die Aufstellung der Wahlkampfmannschaft mit zwei weiblichen Mitgliedern unterstreicht diese Politik.

686 101 Mitglieder

Im Mai 1980 ist die Zahl der CDU-Mitglieder erneut um 1 636 gewachsen. Die CDU zählt heute 686 101 Mitglieder. In der Union und ihren Vereinigungen sind somit mehr als eine Million Mitglieder organisiert. Die Unionsparteien sind damit die mitgliederstärkste politische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland.

Europäische Mittelstandsvereinigung in Brüssel gegründet

Der Mittelstand in den christlich-demokratischen Parteien der EG hat sich am 13. Juni in Brüssel zu einer politischen Organisation formiert. Auf einem Gründungskongreß unter Leitung des EVP-Vorsitzenden, Leo Tindemanns, verabschiedete die „Europäische Mittelstandsvereinigung in der EVP“ einstimmig ein Programm, das die Antwort auf die Herausforderungen der modernen Gesellschaft in einer Stärkung der Eigeninitiative und der Selbständigkeit des einzelnen sieht.

Die Teilnehmer wählten einen 13köpfigen Vorstand, in dem auch die beiden deutschen Europa-Parlamentarier Jochen Van Aerssen und Karl von Wogau vertreten sind.

Mondscheintarif von SPD und FDP erneut abgelehnt

Der Antrag der CDU/CSU auf Wiedereinführung des Mondscheintarifs ist im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen beraten und von der Koalitionsmehrheit von SPD und FDP abgelehnt worden. Die Unionsmitglieder des Ausschusses haben sodann versucht, die Vertreter der Koalition mit Hilfe eines Kompromißvorschlages im Interesse der Postkunden zum Einlenken zu bewegen.

Namens der CDU/CSU schlug MdB Klaus Bühler vor, den Mondscheintarif bei Gesprächen über 50 km Entfernung ab 22.00 Uhr mit einem Zeittakt von etwa 55 Sek. wieder und einen Zwischentarif mit einem Zeittakt von 45 Sek. für die Zeit zwischen 20.00 Uhr und 22.00 Uhr einzuführen.

Diese Regelung würde allen Beteiligten, den Telefonkunden wie auch dem Bundespostminister, entgegenkommen, denn letzterer hat ja seinerzeit den Mondscheintarif mit der Begründung eingeführt, daß das Fernmeldenetz besser ausgenutzt werden sollte. Außerdem würden die bisherigen durch den Mondscheintarif hervorgerufenen Netzblockaden durch die Einführung eines Zwischentarifs beseitigt.

Die Koalitionsmehrheit lehnte aber auch diesen Kompromißvorschlag ab. Ungeachtet der ablehnenden Haltung wird die CDU/CSU — so der Abgeordnete Klaus Bühler — den Antrag zu gegebener Zeit erneut einbringen, damit das Telefonieren für unsere Bürger — insbesondere für die sozial Schwachen, die Älteren und Jugendlichen — nicht unerschwinglicher Luxus bleibt.

■ WOHNUNGSBAU

Klare Alternative der Union

Ein völliges Versagen in der Wohnungsbaupolitik hat die CDU/CSU-Opposition im Deutschen Bundestag Bundesbauminister Haack und der gesamten Bundesregierung vorgeworfen. Die Abgeordneten Friedrich Jahn und Oscar Schneider kritisierten vor allem, daß den kinderreichen Familien und Behinderten fast überhaupt nicht mehr geholfen werden könnte.

In der Debatte erklärte MdB Friedrich Adolf Jahn u. a.: Bestimmendes Ordnungssystem muß auch im Wohnungsbau die Soziale Marktwirtschaft werden. Die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Wohnungsmarktes erfordert Maßnahmen zur Beseitigung von Nachteilen für den freifinanzierten Wohnungsbau sowie Maßnahmen zur Liberalisierung des Sozialwohnungsbestandes.

Die Durchführung solcher Maßnahmen wird es zunehmend gestatten, den sozialen Wohnungsbau auf die einkommensschwachen Bevölkerungskreise, die am Markt keine Wohnung finden können, sowie auf städtebaulich relevante Aufgaben zu konzentrieren, im übrigen die Förderung des individuellen Wohneigentums gezielter, insbesondere familiengerechter auszugestalten und das Schwergewicht von der Objektförderung auf die Subjektförderung zu verlagern, denn es ist sicher billiger, die Mieten bedürftiger Personen als die Neubaukosten teurer Wohnungen zu subventionieren.

Wird dieser Weg nicht beschritten, ist der Staat gezwungen, einen immer weiter wachsenden finanziellen Aufwand allein dafür aufzubringen, die Auswirkungen seiner Eingriffe in den Wohnungsmarkt auf die private Investitionsbereitschaft aufzufangen. Notwendig ist mithin die Wiederherstellung sachgerechter marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen für die Wohnungsbaupolitik, und zwar durch

- Anreize für private Investitionen durch Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes. Private Investitionsbereitschaft ist der Schlüssel zum Erfolg in der Wohnungsbaupolitik. Hilfe zur Selbsthilfe entlastet den Staat.

- Anreize zur vorzeitigen Rückzahlung der über 70 Mrd. DM ausgeliehenen Mittel, damit die Mittel wieder wohnungspolitischen Initiativen zufließen können, und zwar durch Verkürzung der Bindungsfristen sowie durch Gewährung eines Bonus.

- Wohnungsversorgung grundsätzlich durch den Markt. Kann die Miete einkommensmäßig nicht gezahlt werden, Gewährung eines wesentlich verbesserten Wohngeldes (Subjektförderung).

- Konzentration des sozialen Wohnungsbaus auf die Bürger, die am Markt keine Wohnung finden können (Objektförderung), insbesondere auf Kinderreiche, ältere Menschen und Behinderte.

- Größere soziale Zielsicherheit der öffentlichen Förderungsmaßnahmen durch Subjektförderung, insbesondere auf dem Gebiete der Familienpolitik.

Die Aufgaben, die heute der Wohnungspolitik gestellt sind, können nur gelöst werden, wenn die Privatinitiative im Mietwohnungsbau wieder geweckt wird.

■ WIRTSCHAFTSTAG '80

Die Freiheit und Soziale Marktwirtschaft neu erkämpfen

„Die Zukunft gestalten — für Freiheit kämpfen: Soziale Marktwirtschaft!“ war das Motto, das über dem Wirtschaftstag '80 des Wirtschaftsrates der CDU e. V. und des Wirtschaftsbeirates der Union e. V. am 18. und 19. Juni in Frankfurt stand.

Der Wirtschaftstag ist eine periodische Veranstaltung dieser beiden Wirtschaftsgremien, die den Unionsparteien verbunden sind. Der Wirtschaftstag — veranstaltet im 3-Jahres-Rhythmus — vereinigt Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zu einem Erkenntnis für unsere Wirtschaftsordnung, der Sozialen Marktwirtschaft. Das Motto dieses Jahres — eines bedeutsamen Jahres mit einer entscheidenden Wahl zum Deutschen Bundestag — nennt klare Ziele: Die Freiheit und unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft müssen verteidigt, z. T. neu erkämpft werden; erst dann wird es möglich sein, unsere Zukunft in Frieden und Freiheit zu gestalten.

Ein Jahr nach den Wahlen zum Europäischen Parlament und unter dem Vorzeichen der Aufnahme weiterer europäischer Staaten in die Europäische Gemeinschaft hat sich gezeigt, daß die freiheitliche Idee der Sozialen Marktwirtschaft Aufmerksamkeit und Interesse bei uns nahestehenden Politikern

und Wirtschaftlern in den Ländern der EG gefunden hat. Der Vorsitzende des Wirtschaftsrates der CDU, Philipp von Bismarck, MdEP, umriß diesen Scheitelpunkt der Begegnung von deutschen und europäischen Interessen:

„Dieser Wirtschaftstag '80 findet in einem geschichtlichen Zeitraum statt, in dem der deutschen Politik, ihren Grundsätzen und der Fähigkeit, ihnen zu folgen, höchste weltpolitische Bedeutung zukommt. Es geht dabei vor allem darum, wieviel Freiheit wir uns, unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und damit der ganzen westlichen Welt in Frieden erhalten oder zusätzlich erwerben können.“

Der Eröffnung des Wirtschaftstages '80 durch Philipp von Bismarck folgten Grußworte, u. a. von Walter Wallmann, Alfred Dregger und Norbert Blüm. In seinem Grußwort sagte Norbert Blüm: „Man kann eine Gesellschaft ohne Klassen nicht mit Klassenkampf herstellen. Daß wir im Konflikt aufeinander hören, voneinander lernen und damit auch miteinander bessere Lösungen finden, müßte der gemeinsame Beitrag der Unternehmer und der Arbeitnehmer zu einer neuen politischen Kultur der Partnerschaft sein.“

Das gesellschaftspolitische Grundsatzreferat des ersten Tages hielt Ernst Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen. Zu den in der Innenpolitik anstehenden Fragen äußerte Albrecht

im Hinblick auf die anstehende finanzielle Mehrbelastung der Länder die Befürchtung, die Bundesregierung werde dem Rentenbetrug von 1976 nunmehr einen Steuerbetrug folgen lassen: SPD und FDP versprächen Steuersenkung vor den Wahlen, obwohl die wachsenden Staatsausgaben nach der Wahl zu Steuererhöhungen führen könnten.

„Politik der 80er Jahre“, unter diesem Thema nannte der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß, als oberstes Ziel der Politik der Unionsparteien Frieden und Freiheit und eine ausreichende Versorgung mit Energie und Rohstoffen zu angemessenen Preisen. Symptom des Weges in den Sozialismus ist die „liederliche, unseriöse Finanzpolitik“, die mit Helmut Schmidt identisch ist.

Franz Josef Strauß nannte es dumm, zu glauben, daß die Sowjetunion von ihren historischen Zielen der Weltherrschaft und Weltrevolution abgerückt sei. Daher müsse auch der Raketenbeschluß der NATO verwirklicht werden. Entspannungspolitik ist nur dann sinnvoll, wenn der Westen auf dem Gleichgewicht der militärischen Stärke beharre.

In drei Podien wurden unter der Perspektive „Die Zukunft gestalten“ die sachpolitisch relevanten Themen für die 80er Jahre behandelt:

- Energiepolitik;
- Technologischer Wandel;
- Umweltpolitik;

dazu insbesondere für die jüngere Generation in zwei Diskussionsforen die Themenkreise:

- Was heißt „sozial“ heute?
- Was heißt „Unternehmer sein“ heute?

Gerade im Anschluß an die Frage nach dem Unternehmensein gewannen die Ausführungen von Otto Esser, Präsident

der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, besondere Bedeutung. Esser führte u. a. aus: „Die deutschen Unternehmer bekennen sich zum Gedanken der Sozialpartnerschaft und zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Doch nicht die Einigung um jeden Preis ist das Kriterium für eine funktionsfähige Sozialpartnerschaft.“

Zum Thema „Mehr Freiheit — weniger Staat“ führte Paul Schnitker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, aus: „Wer die Freiheit in der Wirtschaft beseitigen will, beseitigt bald die Freiheit ganz. Wir brauchen die wirtschaftliche Freiheit, um unsere persönliche Freiheit zu sichern.“

Ein Höhepunkt des Wirtschaftstages '80 war die Rede von Helmut Kohl: „Perspektiven deutscher Außenpolitik für die 80er Jahre“. Er führte u. a. aus: „Ich achte Innen-, Sozial-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überhaupt nicht gering. Die Erfahrung der Geschichte der modernen Demokratie zeigt, daß man an diesen Folgen vieles, was töricht gelaufen ist, korrigieren kann, aber daß außen- und sicherheitspolitische Fehlentscheidungen zumindest für die Amtszeit unserer Generation irreparabel sind.“

Mit deutlichem Bezug zu aktuellen Fragen betonte Helmut Kohl, daß „die Listerer, die sich in Moskau täglich zur Audienz anmelden, immer länger wird“, und er fuhr fort: „Wir müssen offen darüber sprechen, daß Freiheit ihren Preis kostet, daß Frieden und Freiheit den Völkern nicht als eine milde Gabe zufällt und daß internationale Fragen, Fragen von Frieden und Freiheit, nicht länger auf das Maß des innenpolitischen Erfolgs des nächsten Wahltags verkürzt werden dürfen.“

Zur Sache:

Sorgen im Ausland über Schmidt's „Ostpolitik“

Die Bundesregierung hat die Außenpolitik auf eine gefährliche Weise in den Dienst der Wahlkampfführung gestellt. Die SPD will dem Wähler einreden, es gehe am 5. Oktober um eine Entscheidung über „Krieg und Frieden“. Während die Regierung die CDU als Partei des Krieges verleumdete, steuert sie selbst einen Kurs der Anpassung gegenüber dem sowjetischen Vorherrschaftstreben. Die vielfachen Mahnungen der Union hat sie in den Wind geschlagen.

Dieser außenpolitische Kurs von Bundeskanzler Schmidt weckt immer mehr Zweifel im Ausland. Namhafte Presseorgane des Auslands werfen immer nachdrücklicher die Frage auf, welchen außenpolitischen Kurs die Bundesregierung unter Schmidt steuert.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ sorgt sich um das Atlantische Bündnis und nennt als eine „Ursache des westlichen Zerfalls“ die deutsche Außenpolitik.

„die - auf den Spuren Brandts und unter dem Druck einer bis in das Entscheidungszentrum hineinreichenden sozialistischen Linken - seit einiger Zeit nun auch unter Bundeskanzler Schmidt ihre ehemals deutlichen, entschieden atlantischen Konturen wieder eher verwischt.“
(NZZ, 25./26. Mai 1980)

Die „Baseler Zeitung“ spricht von wahlpolitischen Motiven der amerikanischen und deutschen Außenpolitik:

„Nur treiben sie Bonn in Richtung von Appeasement, Washington hingegen zu höherer Konfrontationsbereitschaft.“
(Baseler Zeitung, 22. 4. 1980)

Die „International Herald Tribune“ teilt die Bedenken der Union gegen die Außenpolitik des Kanzlers und der SPD:

„Die Differenzen zwischen der Gruppe um Herrn Wehner und dem, was Herr Schmidt sagt - oder in den meisten Fällen zu sagen vermeidet - haben das Argument der Opposition genährt, daß Bonn eine zwiespältige Außenpolitik zu haben scheint: zum einen die vom linken SPD-Flügel präzise formulierte und

zum anderen eine undeutlichere Außenpolitik der Regierung.“

(International Herald Tribune, 10. April 1979, Paris)

Der „Daily Telegraph“ sieht beim linken SPD-Flügel die Gefahr des Ausverkaufs der NATO-Position der Bundesregierung:

„Einige Vertreter des linken Flügels der SPD, der Partei des Bundeskanzlers, gehen weiter, so daß sie den Verdacht erwecken, die NATO-Position der Bundesrepublik Deutschland auszuverkaufen zugunsten einer eventuellen Wiedervereinigung Deutschlands.“
(Daily Telegraph, 20. März 1980, London)

Der Korrespondent der „Business Week“ beurteilt Schmidts Aktivitäten als „Einschnitt ins Wurzelwerk der Westbindung“:

„In Washington wie in Deutschland macht man sich zunehmend Sorge darüber, wohin Bundeskanzler Helmut Schmidt sein Land führt. ... Helmut Schmidts Aktivitäten schneiden tief ins Wurzelwerk der Einbindung seines Landes an den Westen ... Wenn Schmidt durch seine Politik die Schwäche der westlichen Allianz weiter vertieft, könnte dies dazu führen, daß Deutschland seine Sicherheit möglicherweise eines Tages außerhalb des Bündnisses sucht.“
(Business Week, zitiert nach „Die Welt“, 30. Mai 1980)

Das nennen wir mit einem Wort: „Neutralisierungstendenzen“!

Die sozialistische Entspannungspolitik von Schmidt, Brandt, Wehner und Bahr muß durch eine realistische Friedenspolitik ersetzt werden.

Wir wollen den Frieden in Freiheit, nicht einen „Frieden“ unter sowjetischen Bedingungen.

Wir werden in unserer Außenpolitik der verlässlichen Partnerschaft mit den USA absoluten Vorrang geben und das Atlantische Bündnis stärken.

Wir wollen Frieden und Freiheit gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern.

CDU
II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

- | | |
|--|--|
| <p>28. 6. CDU Niedersachsen
Kongreß „Innere Sicherheit“
Hannover</p> <p>28. 6. LV Hessen
Energiepolitischer Kongreß
Hanau</p> <p>28. 6. LV Baden-Württemberg
Landesvertreterversammlung</p> <p>28./29. 6. JU-Niedersachsen
Zonenrandkongreß
Duderstadt</p> <p>30. 6. LV Berlin
Landesvorstand mit MdB's
Berlin</p> <p>30. 6. LV Baden-Württemberg
Klausurtagung des Präsidiums
und des Landesvorstandes</p> <p>5. 7. CSU
Wehrpolitischer Kongreß
München</p> <p>5./6. 7. JU Baden-Württemberg
Landestag
Sigmaringen</p> <p>8. 7. LV Braunschweig
Landesvorstand
Braunschweig</p> <p>11. 7. LV Bremen
Landesvorstand
Bremen</p> | <p>14. 7. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand
Stuttgart</p> <p>19. 7. LV Baden-Württemberg
Frauenvereinigung
Landesfrauentag
Stuttgart</p> <p>1./3. 8. SU — Bund
Jahrestagung des Bundes-
koordinationsausschusses
Bonn</p> <p>8. 8. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand
Gütersloh</p> <p>9. 8. LV Westfalen-Lippe
Landesparteitag
Gütersloh</p> <p>11./13. 8. LV Rheinland
Sozialausschüsse
Klausur des geschäftsführenden
Vorstandes und Sozialsekretäre</p> <p>13. 8. CDU — Bund
Landesgeschäftsführerkonferenz
Bonn</p> <p>22. 8. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand
Dortmund</p> <p>22./23. 8. LV Rheinland
Sozialausschüsse
Klausur des Landesvorstandes</p> <p>23. 8. LV Rheinland
Frauenvereinigung
Landesversammlung
Krefeld</p> |
|--|--|

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.